

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXIII. Jahrgang, Nr. 1

Jänner 1950

Inhalt

Spannungen in der Preis- und Lohnstruktur

Die Labilität der gegenwärtigen Preissituation — Möglichkeiten zur Senkung der Preise — Die Problematik allgemeiner Lohnerhöhungen

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise, Lebenshaltungskosten, Löhne — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft; Die Erzeugung von Holz und die Lage auf dem Holzmarkt — Energiewirtschaft — Gewerbliche Produktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr; Reformbedürftiger Stückgutverkehr — Außenhandel

Österreichische Wirtschaftszahlen (Genauere Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite)

Spannungen in der Preis- und Lohnstruktur

Obwohl die im Rahmen des ERP eingeführten Lebensmittel und die Hausbrandkohle — ungeachtet der Wechselkursänderung — weiter zu den bisherigen Preisen abgegeben werden und obwohl seit Weihnachten saisonbedingte Preisrückgänge eingetreten sind, ist der Lebenshaltungskostenindex vom September 1949 bis Jänner 1950 um rund 8% gestiegen. Demgegenüber haben sich die Nettotariflöhne auf Grund der Lohnsteuerermäßigung ab 1. Jänner 1950 nur um 0,9% erhöht. Wenn auch der Lebenshaltungskostenindex aus bereits mehrmals erwähnten Gründen¹⁾ die tatsächlichen Preissteigerungen übertreibt und seine gegenwärtige Höhe teilweise nur saisonbedingt ist, hat sich in den letzten Monaten der Reallohn doch spürbar vermindert²⁾.

Der wachsende Abstand zwischen Preisen und Löhnen hat in der Arbeiterschaft begreiflicherweise Beunruhigung hervorgerufen. Nachdem bereits im Dezember eine einmalige Überbrückungshilfe von einem Wochenlohn durchgesetzt wurde, fordern ihre Vertreter nachdrücklich eine Senkung der Preise und

behalten sich Lohnerhöhungen vor, falls Preissenkungsaktionen erfolglos bleiben sollten.

Die Wirtschaftspolitik steht damit neuerdings vor der schwierigen Aufgabe, zwischen den konkurrierenden Ansprüchen einzelner Interessengruppen an das Sozialprodukt einen Ausgleich zu finden, ohne den Wirtschaftsablauf empfindlich zu stören. Diese Aufgabe ist um so schwieriger, als einer staatlichen Beeinflussung der Einkommensverteilung mit fortschreitendem Übergang zur Marktwirtschaft enge Grenzen gesetzt sind und angesichts des näherrückenden Endes des ERP eine Lösung gefunden werden muß, die die Bemühungen um einen allmählichen Ausgleich der Zahlungsbilanz nicht gefährdet.

Die Labilität der gegenwärtigen Preissituation

Die gegenwärtige Preissituation ist sehr uneinheitlich. Während einzelne Märkte eine fallende Preistendenz erkennen lassen, drängen gleichzeitig andere Preise zu einer Korrektur nach oben. Die sich vielfach anbahnenden *Preissenkungen* sind in erster Linie eine Folge der beschränkten Kaufkraft, teils aber auch auf saisonbedingte Nachfragerückgänge zurückzuführen. Nachdem Überbrückungshilfe und Weihnachtsremunerationen zum überwiegenden Teil bereits im Dezember ausgegeben wurden und die Barreserven vieler Konsumenten durch Weihnachtseinkäufe und spekulative Anschaffungen vor der Kursanpassung stark dezimiert sind, muß sich die Nachfrage im wesentlichen auf das laufende Einkom-

¹⁾ Außer den bekannten Mängeln der Indexberechnung — Neben von „schwarzen“ und freien Preisen, Gewichtung auf Basis 1937, usw. — spielt vor allem der Umstand eine Rolle, daß im Lebenshaltungskostenindex ein relativ hoher Verbrauch von Steinkohle eingesetzt ist, deren Preis bedeutend gestiegen ist, während der überwiegende Teil der Haushalte gegenwärtig fast ausschließlich subventionierte Braunkohlen-Produkte und Koks verbraucht.

²⁾ Dessen ungeachtet war der durchschnittliche Reallohn im Jahre 1949 zweifellos größer als im Jahre 1948.

men beschränken. Gleichzeitig ist infolge einer übersaisonnmäßigen Zunahme der Arbeitslosigkeit — die Zahl der verfügbaren Stellensuchenden erreichte Ende Jänner 183.000 oder 10% des Beschäftigtenstandes — und verstärkter Kurzarbeit auch das laufende Einkommen der Unselbständigen gesunken. Nach vorsichtigen Schätzungen dürfte die Lohn- und Gehaltssumme (ohne Pensionisten und Rentner), die im Dezember einschließlich aller Zulagen mit rund 2.700 Mill. S den höchsten Stand seit Kriegsende erreichte, im Jänner auf rund 1.300 Mill. S, das sind rund 50% der im Dezember zur Verfügung gestandenen Kaufkraft, zurückgegangen sein. Der Rückgang der Einkommen wird in der Folge hauptsächlich auf Güter mit relativ großer Elastizität der Nachfrage preisdrückend wirken. Billige Qualitäten von Gütern dringlichen Bedarfes werden dagegen eher stärker nachgefragt werden, da das gesunkene Realeinkommen viele Familien zu einer Nachfrageverschiebung zugunsten billigerer Qualitäten zwingt¹⁾.

Der von der Nachfrageseite wirkende Preisdruck wird auf einigen Märkten durch überwiegend saisonbedingte Angebotserhöhungen verstärkt. Kennzeichnend hierfür ist der rapide Rückgang der Eierpreise, die von Anfang Dezember bis Mitte Jänner von S 2'30 pro Stück auf S 1'— fielen, da erhöhte Importe, der Abverkauf alter Lagerbestände und der Beginn der Legezeit das Angebot verstärkten. Auch die Überkontingentpreise für Vieh und Fleisch zeigen dank saisonbedingt verstärkten Schlachtungen in den Wintermonaten und relativ hohen Einfuhren eine sinkende Tendenz und nähern sich immer mehr den offiziellen Preisen.

Diesen Preisrückgängen stehen andererseits verschiedene, meist von erhöhten Preisen der (importierten) Rohstoffe ausgehende *Preisauftriebstendenzen* gegenüber. Die durch die Wechselkursanpassung erzwungene Neuadjustierung des Preisgefüges ist noch nicht abgeschlossen. Viele Betriebe haben die erhöhten Rohstoffimportpreise noch nicht weitergewälzt, da sie noch alte Lagerbestände aufarbeiten. Andere haben mit Preiserhöhungen noch zugewartet, bis sie die gesamten Kostenverteuerungen überblicken können. Es sind daher gerade bei wichtigen, noch preiskontrollierten Schlüsselprodukten Preiserhöhungen zu erwarten. So wird über eine Erhöhung der Eisen- und Stahlpreise um durchschnittlich 20

bis 25% verhandelt, die inländischen Braunkohlengruben fordern eine Preiserhöhung von 16%, die erhöhten Textilrohstoffpreise wurden erst teilweise auf die weiterverarbeitenden Stufen überwältigt. Auch die schon seit Monaten anhängige Neufestsetzung der Häutepreise wird kaum mehr lange aufgeschoben werden können, weil sonst eine empfindliche Stokung der Leder- und Schuhproduktion zu befürchten wäre. Wenn auch die zu erwartenden Preiserhöhungen für Rohstoffe teilweise von den verarbeitenden Industrien und vom Handel getragen werden dürften — viele Erhöhungen der Letztverbraucherpreise wurden entweder bereits vorweggenommen oder könnten infolge der beschränkten Konsumgüternachfrage nur noch bei stark rückläufigem Absatz durchgesetzt werden —, werden doch in einzelnen Fällen Preiskorrekturen nach oben unvermeidlich sein.

Dazu kommt, daß das *Mietenproblem* zumindest eine Teillösung erheischt. Die Mietzinse sind — abgesehen von einer fast ausschließlich auf höhere Steuern und Gebühren zurückzuführenden Erhöhung der Betriebskosten — seit 1945 unverändert geblieben, obwohl sich das allgemeine Preisniveau inzwischen vervielfacht hat. Der dem Hausherrn zur Instandhaltung, Amortisation und Verzinsung investierten Kapitals zur Verfügung stehende Hauptmietzins, der bei Mieterschutzwohnungen schon vor 1938 bei weitem nicht ausreichte, auch nur die dringendste Instandhaltung zu sichern, beträgt zur Zeit infolge der zweifachen Währungskonversion in den Jahren 1938 und 1945 nominell nur zwei Drittel von 1937. Die Baukosten sind dagegen im gleichen Zeitraum auf das rund Sechsfache gestiegen. Unter diesen Umständen beschränkte sich die private Bautätigkeit auf eine verschwindend kleine Zahl von „Aufbauwohnungen“, für die sehr hohe Ablösesummen verlangt werden. Ein Wiederaufbau von Wohnungen zu erschwinglichen Mietzinsen wurde, abgesehen von der unvermeidlich beschränkten Bautätigkeit der Gemeinden, erst im Jahre 1948 durch das Wohnungswiederaufbaugesetz eingeleitet. Für die Finanzierung der Bauvorhaben waren ursprünglich für die Jahre 1948 und 1949 500 Mill. S aus Relieffonten vorgesehen, von denen jedoch bis Ende 1949 nur rund 135 Mill. S freigegeben wurden. Da der ERP-Fonds grundsätzlich nur unmittelbar produktiven Zwecken gewidmet werden soll²⁾ und angesichts der Budgetschwierigkeiten

¹⁾ So ist z. B. in letzter Zeit eine deutliche Nachfrageverschiebung von Schmalz und Butter zu der weitaus billigeren Margarine (Kunstspeisefett) zu beobachten (die Schmalzrationen werden vielfach nicht voll eingelöst, während der Schwarzmarktpreis von Butter von S 30'— auf S 24'— bis S 26'— je Kilogramm gesunken ist).

²⁾ Aus dem ERP-Fonds sollen in erster Linie Investitionen finanziert werden, die unmittelbar oder mittelbar dem Zahlungsbilanzausgleich dienen. Der Wohnungswirtschaft sind nur relativ bescheidene Beträge für den Bau von Arbeiterwohnungen zugeordnet, die in Zusammenhang mit der Umschichtung der Arbeitskräfte in exportwichtige Betriebsstätten unbedingt gebaut werden müssen.

keine laufenden Steuereinnahmen für Wohnbauzwecke zur Verfügung stehen, wird eine Neuregelung der Mietzinse auf die Dauer nicht zu umgehen sein.

Möglichkeiten zur Senkung der Preise

Angesichts der gegenläufigen Tendenzen der Preisentwicklung werden vielfach gesetzliche Maßnahmen zur Durchsetzung nachhaltiger Preissenkungen gefordert, wie z. B. ein Kartellgesetz, ein Gesetz gegen den Preiswucher, eines zur Höchstbegrenzung der Handelsspannen, ein anderes für die Abschöpfung übermäßig hoher Gewinne und ein fünftes zur Verschärfung des Wirtschaftsstrafrechtes. Auch eine Erweiterung von Bewirtschaftung und Preiskontrolle wird gefordert. Schließlich sollen im Rahmen eines Schuhprogrammes und eines Textilstandardprogrammes billige Schuhe und Textilwaren erzeugt werden.

Die Schaffung relativ günstiger Einkaufsmöglichkeiten für einfache Schuhe und Textilien wird von den Beziehern niedriger Einkommen sicherlich begrüßt werden. Von einem Kartellgesetz und einem Preistreibereigesetz mag eine gewisse psychologische Wirkung ausgehen, wenn auch nicht außer acht bleiben darf, daß beide Gesetze in der Praxis nur sehr schwierig durchzusetzen sind. Ausgesprochen problematisch dagegen wäre in der gegenwärtigen Situation eine neuerliche Erweiterung von Bewirtschaftung und Höchstpreisregelung. Ein Rückfall in die Methoden der direkten Wirtschaftslenkung, für die die notwendigen administrativen, psychologischen und politischen Voraussetzungen fehlen, würde nicht nur die aus der Zeit der totalen Bewirtschaftung bekannten Erscheinungen der Warenknappheit und des Schleichhandels wieder aufleben lassen, sondern gleichzeitig auch den Bemühungen um eine Liberalisierung des Außenhandels zuwiderlaufen.

Aussichtsreicher als der Versuch, Preissenkungen durch direkte Eingriffe in das Wirtschaftsleben erzwingen zu wollen, erscheinen wirtschaftspolitische Maßnahmen, die den Marktmechanismus und mit ihm das Konkurrenzprinzip möglichst wirksam werden lassen. In diesem Zusammenhang kommt vor allem einer vorsichtigen Geld- und Kreditpolitik entscheidende Bedeutung zu. Während die beträchtliche Erweiterung des Geld- und Kreditvolumens in den letzten beiden Jahren im Hinblick auf den wachsenden Güter- und Leistungsstrom zumindest teilweise gerechtfertigt war, wird das Geldvolumen im Jahre 1950 weitgehend stabil gehalten werden müssen, da in diesem Jahre das verfügbare Gütervolumen kaum größer sein wird als im Vorjahre. Wohl wird voraussichtlich

auch im Jahre 1950 die Produktion steigen — wenn auch infolge der bereits hohen Kapazitätsausnutzung bedeutend langsamer als in den vorhergehenden Jahren —, das Mehr an Inlandsproduktion dürfte jedoch durch die Kürzung der Auslandshilfe annähernd kompensiert werden¹⁾. Außerdem ist die Wirtschaft noch immer ziemlich liquid, so daß nur durch eine weitere relative Geldverknappung ein stärkerer Druck auf die Warenmärkte ausgeübt werden kann. Das bedeutet allerdings, daß auf dem Gebiete der Investitionspolitik — so vordringlich viele Investitionen auch sein mögen — zurückgehalten werden muß und jener Betrag aus dem ERP-Fonds für Investitionszwecke freigegeben werden darf, der währungspolitisch unbedenklich erscheint.

Weitere Preissenkungsmöglichkeiten bietet die *Liberalisierung des Außenhandels*. Das gegenwärtige Quoten- und Kontingentsystem sichert nicht nur vielen inländischen Produktionszweigen, sondern vor allem auch den bevorzugten Importeuren, die das durch Kontingente verknappte Angebot beherrschen, erhebliche Renten. Eine allerdings nur schrittweise mögliche Liberalisierung des Außenhandels würde, selbst wenn man zur Vermeidung übermäßiger Anpassungsschwierigkeiten die Zölle beträchtlich erhöhte, die vielfach kartellistisch durchgesetzten österreichischen Märkte einer schärferen Konkurrenz unterwerfen und damit Monopolgewinne wirksamer beschneiden, als es das beste Kartellgesetz vermöchte.

Gegenwärtig erscheint es ratsam, alles zu vermeiden, was die Preis-Lohn-Situation weiter verschärfen könnte. Ein überstürzter Abbau der derzeit noch bestehenden Importsubventionen für einige Nahrungsmittel und Düngemittel sowie für Hausbrandkohle würde nicht nur eine erhebliche Verteuerung der Importwaren, sondern auch beträchtliche Preisforderungen der Landwirtschaft mit sich bringen.

Die Problematik allgemeiner Lohnerhöhungen

Eine über den Marktmechanismus erzwungene Preissenkung kann sich allerdings nur verhältnismäßig langsam durchsetzen. Einmal ist zu berücksichtigen, daß eine zu rigorose Geldpolitik zwar stärkere Preissenkungen erzwingen, dafür aber die Vollbeschäftigung gefährden würde. Zum anderen darf nicht übersehen werden, daß die in den letzten Monaten eingetretene Senkung des Reallohnes die Folge wirtschaftspolitischer Maßnahmen ist (drittes

¹⁾ Die (direkte und indirekte) ERP-Hilfe wird voraussichtlich von 250,3 Mill. S im Jahre 1949/50 auf 180 Mill. S im Jahre 1950/51 gekürzt werden.

Preis-Lohn-Abkommen, Wechselkursanpassung), die im Ergebnis auf eine im Vergleich zum verfügbaren Sozialprodukt relative Beschränkung des privaten Konsums zugunsten der Investitionen und teilweise auch des öffentlichen Konsums hinauslaufen und von allen Bevölkerungsschichten Opfer verlangen. Die kurzfristige Wiederherstellung des Reallohnes vom September oder Juni v. J. wäre — zumindest solange die Einkommensverwendung grundsätzlich frei bleibt und auf eine Rationierung des Gesamtkonsums verzichtet wird — nur möglich, wenn die erzwungene Konsumbeschränkung wieder rückgängig gemacht würde. Eine stärkere Kürzung der Investitionen müßte jedoch die für die Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft dringend erforderliche Produktivitätssteigerung verzögern und damit unvermeidlich dazu führen, daß die österreichische Bevölkerung nach Versiegen der ERP-Hilfe für ihre Selbsterhaltung eine viel stärkere Konsumeinschränkung auf sich nehmen müßte, als heute gefordert wird.

Jedenfalls lassen sich die gegenwärtigen Schwierigkeiten durch eine *allgemeine* Lohnerhöhung nicht beheben. Diese würde nicht nur neue Preissteigerungen hervorrufen und das Budgetgleichgewicht gefährden, sondern auch eine nochmalige Kursänderung erfordern. Damit aber würde neuerdings die Preis-Lohnspirale in Bewegung geraten. Den Arbeitern wäre damit sicher nicht gedient, hinken doch im Wettlauf zwischen Preisen und Löhnen die Löhne unvermeidlich den Preisen nach. Außerdem würde in jenen Zweigen, in denen zufolge der beschränkten Nachfrage eine Erhöhung der Preise nicht mehr möglich ist, eine verstärkte Arbeitslosigkeit entstehen.

Auf der anderen Seite kann nicht übersehen werden, daß in einem Entwicklungsprozeß, in dem sich die Preise laufend neu adjustieren und die gesamte österreichische Wirtschaft im Sinne eines Ausgleiches der Zahlungsbilanz umgeschichtet werden soll, die in den Nachkriegsverhältnissen wurzelnden Lohnrelationen nicht starr bleiben können. Die Herbeiführung einer aus eigenen Kräften lebensfähigen österreichischen Wirtschaft erfordert nicht nur eine Anpassung der Preise, sondern ebenso sehr auch eine Neuadjustierung der Löhne. Die Lösung dieses Problems ist zweifellos schwierig, muß doch vermieden werden, daß ökonomisch gerechtfertigte „Lohnnachziehungen“ in eine allgemeine und unkontrollierbare Lohnbewegung übergehen. Gesamtwirtschaftliche Erwägungen — vor allem der Zwang zur Exportsteigerung und die Notwendigkeit der Steigerung der Produktivität — legen vielmehr nahe, den Ausweg aus den bestehenden Spannungen grundsätzlich nicht über Lohnerhöhungen, sondern künftig tunlichst nur noch über *Preissenkungen* zu suchen und Preisanpassungen „nach oben“ nur noch in beschränkten Ausnahmefällen vorzunehmen.

Zum Verständnis und für die Lösung der gegenwärtigen Spannungen in der Preis- und Lohnstruktur ist die Erkenntnis und die Einsicht wichtig, daß infolge der verstärkten Investitionstätigkeit und der abnehmenden Auslandshilfe das für den öffentlichen und privaten Konsum zur Verfügung stehende Sozialprodukt zunächst kleiner geworden ist — die Wechselkursänderung hat diesen Zusammenhang nur deutlicher in Erscheinung treten lassen — und daß erst in dem Maße, als sich die Neuinvestitionen auszuwirken beginnen, eine fühlbare Verbesserung der allgemeinen Lebenshaltung eintreten kann.